A12NEU 12. Kapitel: Sicherheit und Ordnung

Antragsteller*innen:

Kapitel Sicherheit und Ordnung

Der Wunsch der Bürger*innen nach Sicherheit hat an Bedeutung gewonnen – unabhängig von der aktuell deutlich verbesserten Sicherheit. In der aktuellen Stimmungslage werden schnell Maßnahmen wie Videoüberwachung oder eine Verschärfung des Strafrechts gefordert – ohne Berücksichtigung der Wirksamkeit, bestehender Gesetze und der Werte unseres Grundgesetzes. Wir GRÜNE verwehren uns gegen Schnellschüsse und vereinfachende Antworten. Wir setzen auf angemessene und verhältnismäßige Maßnahmen, die nachhaltig wirken, und auf den Schutz unserer Grund- und Bürgerrechte. Wir wollen mehr Sicherheit, aber nicht auf Kosten unserer Freiheit.

Sicherheit und Sicherheitsgefühl

Sicherheitsgefühl stärken, Angsträume auflösen

Es ist Aufgabe des Staates Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten – wissend, dass es absolute Sicherheit nicht geben kann, noch dass sie mit ihren Konsequenzen erstrebenswert wäre. Neben der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung ist auch die gefühlte Kriminalitätsbelastung von Bedeutung. Der Staat muss sicherstellen, dass der öffentliche Raum den Menschen zur Verfügung steht. Wenn dieser aber als unsicher wahrgenommen wird, wird er von der Bevölkerung nicht genutzt und steht ihr faktisch nicht zur Verfügung. Daher wollen wir GRÜNE für einen lebenswerten und sicheren öffentlichen Raum sorgen. Die Stadtplanung muss die Entstehung von Angsträumen vermeiden. Wo diese Angsträume bereits bestehen, wollen wir durch eine bessere Beleuchtung, die Schaffung von Sichtverbindungen sowie verbesserte Wegebeschilderungen das Sicherheitsgefühl erhöhen. Zum öffentlichen Raum zählen für uns auch die Bereiche des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Wir GRÜNE wollenden ÖPNV ausbauen, gerade bezogen auf die Abend- und Nachtstunden, um allen Menschen einen sicheren Heimweg zu ermöglichen. Wo ein Ausbau des regulären ÖPNV nicht möglich oder leistbar ist, wollen wir Ersatzmöglichkeiten schaffen, wie das von uns initiierte Frauennachttaxi.

Gut ausgebildete Polizeikräfte statt Videokameras

Videokameras helfen im Normalfall nicht, Kriminalität zu verhindern, sondern führen oft nur zu einer Verdrängung an andere Orte. So ist der Bahnhofsvorplatz seit vielen Jahren überwacht, aber eine Besserung der Situation hat sich nicht eingestellt. Die versprochene neue Form der intelligenten Videoüberwachung funktioniert nicht. Wir GRÜNE setzen statt auf Videoüberwachung auf Polizeistreifen, die zu Fuß oder per Fahrrad unterwegs und damit ansprechbar sind. Diese können sofort einschreiten und sind damit die weitaus bessere Alternative. Dort, wo es wiederholt zu schweren Straftaten wie Gewaltdelikten kommt, kann eine temporäre Videoüberwachung als Ergänzung Sinn machen. Eine dauerhafte oder großräumige Videoüberwachung unbescholtener Bürger*innen lehnen wir jedoch ab. Es ist die Aufgabe der Polizei, die Sicherheit der Bürger*innen zu gewährleisten und sie vor Straftaten zu schützen. Die kommunalen Ordnungskräfte, die von der Stadt ergänzend eingesetzt werden, haben nur begrenzte Kompetenzen und können die Polizei nicht adäquat ersetzen. Solange dieser Ordnungsdienst benötigt wird, muss er angemessen qualifiziert werden. Wir

GRÜNE setzen uns dafür ein, die Ausbildung aufzuwerten und noch stärker an der Polizeiausbildung auszurichten. Wir wollen, dass sich der Ordnungsdienst um relevante Störungen wie gefährdendes Parken bis hin zum Randalieren bei Trunkenheit kümmert, nicht aber z.B. Kinder von Wiesen und Brunnen vertreibt.

Gestaltung des öffentlichen Raumes verbessern

Wir GRÜNE wollen den öffentlichen Raum baulich so gestalten, dass sich dort alle wohlfühlen können, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Wir wollen durch kreative Lösungen Un-Orte umgestalten. Wir GRÜNE wollen Menschen ermutigen, ihre unmittelbare Nachbarschaft z.B. durch Urban Gardening und Straßenfeste mitzugestalten, zu beleben und aus der Anonymität zu holen. Denn wir sind überzeugt, dass eine gute Nachbarschaft einer der wichtigsten Beiträge zu mehr Sicherheit im Quartier ist. Ein großes Problem des öffentlichen Raumes sind auch parkende Autos. Vielfach versperren sie Wegeverbindungen und Sichtbeziehungen durch unberechtigtes Parken, oft ohne Konsequenzen. Auch wenn es notwendig wäre, findet ein Abschleppen oft nicht statt. Sogar Rettungseinsätze werden regelmäßig durch falsches Parken behindert. Die Verkehrsüberwachung muss daher dringend verstärkt werden und auch in den Stadtteilen präsent sein.

Alkoholkonsum im öffentlichen Raum

Ein Verbot von Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen wird immer wieder debattiert. Wir GRÜNE stehen dazu, dass es im öffentlichen Raum grundsätzlich erlaubt sein muss, Alkohol zu konsumieren, und dies nicht nur in den Außenbewirtungen oder bei Fasnacht oder Stadtfest. Dieses Recht soll allen gleichermaßen zustehen, unabhängig von finanzieller Situation, jungen Erwachsenen ebenso wie Älteren. Gleichzeitig müssen wir jedoch feststellen, dass dieses Recht an einzelnen Plätzen überbeansprucht wird und mit Ordnungsstörungen einhergeht. Wir GRÜNE wollen dies angehen und erwarten, dass die Polizei in solchen Fällen konsequent Platzverweise ausspricht. Komplette Verbotszonen brauchen wir in Mannheim jedoch nicht.

Prävention vor Kriminalität

Auch wenn die Kriminalität in Mannheim zuletzt deutlich gesunken ist, ist sie weiterhin zu hoch. Als GRÜNE wollen wir Kriminalität lieber von vornherein verhindern als sie später verfolgen zu müssen. Wir GRÜNE wollen die Präventionsarbeit ausbauen und schlagen hierfür u.a. eine gezielte Kampagne für mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum und mehr Zivilcourage vor, um das Verantwortungsgefühl der Menschen wieder zu aktivieren. Wir setzen auf eine enge Verzahnung des Hauses des Jugendrechts und des Jugendamtes, um Heranwachsende auf den richtigen Weg zu helfen. Präventionsarbeit bedeutet für uns nicht nur klassisch Aufklärungsarbeit und Streetwork, sondern auch bildungs-, jugend-, sozial-, wohnungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Eine Gesellschaft, die allen Menschen eine gerechte Teilhabe gewährleistet, erzeugt deutlich weniger Kriminalität. Die Anzahl von Schusswaffen in der Hand von Privatpersonen und in Privathaushalten ist nach wie vor deutlich zu hoch. Waffen stellen per se eine Gefahr dar. Als GRÜNE wollen wir die Anzahl von Waffen in Mannheim deutlich reduzieren. Wir wollen den Rhythmus der Waffenkontrollen verdichten und die Subventionierung der Waffenkontrollgebühren beenden. Wer Waffen privat aufbewahrt, soll die dadurch verursachten Kosten selber tragen.

Gute Arbeitsbedingungen für Rettungskräfte

In Notlagen sind wir neben der Polizei auf Feuerwehr und Rettungsdienste angewiesen. Diese leisten für unsere Gesellschaft unerlässliche Dienste, sei es im Hauptamt oder im Ehrenamt. Durch verbesserte Rettungsdienststrukturen mit eigener Leitstelle kann die Hilfeleistung in Mannheim zukünftig sichergestellt werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass auch Ausrüstung, Fuhrpark und Gebäude von Feuerwehr und Rettungsdiensten Stück für Stück modernisiert und aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich werden wir weiter fördern.

Opfer von Kriminalität besser unterstützen

Oft dreht sich die Debatte nur um die Verhinderung und Aufklärung von Delikten. Die Opfer finden wenig Beachtung. Wir GRÜNE wollen die Opfer von Straftaten stärker unterstützen und setzen uns für eine bessere Finanzierung von Beratungsstellen ebenso wie von Frauenhäusern ein. Das Grundproblem der Finanzierung von Frauenhäusern kann nur überörtlich gelöst werden. Denn Frauen müssen oftmals ihren Heimatort verlassen, um sicher zu sein und dafür stellt Mannheim überproportional viele Plätze bereit. Gewalt gegen Frauen ist seit jeher ein Problem. Dieses wurde zuletzt auch deshalb ein politisches Thema, da viele Menschen zugewandert sind, die sozialisationsbedingt Schwierigkeiten mit unserem Verständnis der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau haben. Hier braucht es eine aktive Zusammenarbeit des Fachbereichs Demokratie und Vielfalt mit Migrantenvereinen. Das Problem sexualisierter Gewalt ist aber im selben Maß ein Thema für Einheimische wie für Zugewanderte. Wir GRÜNE werden Alltagssexismus thematisieren und Tabuthemen offen ansprechen. Die Stadt muss konsequent gegen sexistische Werbung im öffentlichen Raum vorgehen und ihre Mitarbeiter*innen, insbesondere im Bereich Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gezielt zu diesem Thema fortbilden. Wir schlagen eine regelmäßige Gesprächsrunde von Stadtverwaltung und Polizei mit den Betreiber*innen von Diskotheken und Festen vor, in der Themen wie sexuelle Übergriffe und Einsatz von KO-Tropfen behandelt werden.